

SOS Ateliers in Gefahr

Was ist eigentlich los in der Berliner Stadtpolitik und haben die Sparmaßnahmen auch mit euch zu tun?

Ja, und zwar mit allen Mieter*innen! Das Atelierprogramm ist bedroht und sein weiterer Ausbau bereits abgesagt.

Wir können noch überhaupt nicht absehen, welche Häuser und Ateliers genau betroffen sind und kümmern uns mit all unseren Kräften darum, das Programm zu erhalten.

Berlin muss sparen - auch in der Kultur

Das Land Berlin muss aus dem Haushalt für das Jahr 2025 satte 3 Milliarden Euro einsparen - das heißt, alle Planungen, die bereits gemacht wurden, müssen geändert werden. Und alle Berliner Resorts müssen sich daran beteiligen mit durchschnittlich 10 Prozent Einsparungen.

Der Etat Kultur - von den Förderprogrammen für die Freien Künste bis hin zu den Opernhäusern - macht mit etwa einer Milliarde Euro nur 2,1 % vom Gesamthaushalt aus. Trotzdem wird gerade hier besonders viel gespart: Die **Kultur muss 13 Prozent sparen**. Dazu wurde eine Liste herausgegeben, welche Institutionen und welche Programme wieviel weniger Geld bekommen werden.

Die Atelierförderung ist die mit Abstand wichtigste Säule für die Bildenden Künstler*innen in Berlin.

Das Arbeitsraumprogramm, zu dem das Atelierprogramm gehört, wird dabei von 24 Millionen auf 19 Millionen gekürzt – das sind beinahe 20 Prozent und damit überproportional viel. Erreicht werden soll das laut Liste durch die „Abschaffung der Kulturraum Berlin gGmbH“ sowie „Prüfung bestehender Bindungen“.

Das Atelierbüro betreut rund 60 geförderten Atelierhäuser, derzeit 1054 geförderte Ateliers, zusätzlich rund 100 Atelierwohnungen. Die Kulturraum Berlin gGmbH ist davon Inhaberin der Mietverträge für 20 Atelierhäuser mit 291 Ateliers im Rahmen ihrer Tätigkeit als Steuerorgan für das spartenübergreifende Anmietprogramm. Das sind insgesamt rund 2000 Arbeitsräume für alle Sparten zusätzlich etwa 600 im Ausbau befindliche.

Bildende Kunst besonders betroffen

Die angekündigten Sparmaßnahmen im Kapitel Kultur sind insbesondere für Bildende Künstler*innen ein konzertierter Schlag in die Gesichter. Mit der Arbeitsraumförderung wird die für diese Sparte wichtigste Förderung für freischaffende Bildende Künstler*innen mit offiziell 20% bespart – wenn man den Ausbautitel dazu rechnet, sind es 50%. Dazu kommen überproportional beschnittene Einnahmemöglichkeiten für Bildende Kunst, an der Spitze über 70% für Kunst im öffentlichen Raum. Auch die Recherchestipendien und alle weiteren Förderungen werden gekürzt.

Im Volumen macht die Förderung der Ateliers für bildende Kunst im Rahmen des Arbeitsraumprogramms 70% der spartenspezifischen Förderungen überhaupt aus, die das Land Berlin an Bildende Künstler*innen vergibt. Nach 30 Jahren erfolgreicher Atelierförderung, die Modellcharakter hat und von anderen Städten übernommen wird (zuletzt Leipzig), steht nun das Aus des Programms zu befürchten.

Gespart wird ohne Plan

Noch gibt es für die notwendigen Einsparungen kein Konzept. Trotzdem sind die ersten Einsparungen vorgenommen worden. Konkret wurde der Mietvertrag für eines unserer ältesten Atelierhäuser, dem Haus in der Hobrechstraße mit 21 Ateliers, das seit 1999 existiert, beendet.

Das Atelierbüro wurde darüber von der KRB erst im Nachhinein informiert. Wir fordern, die Arbeit im Anmietprogramm wie bisher fortzusetzen, bis ein transparenter und wirtschaftlich sinnvoller Plan existiert, wie die Einsparungen erreicht werden können. Aktuell hat die KRB die Verhandlungen mit den Eigentümern wieder aufgenommen und verspricht eine Übergangslösung.

Aussicht

Die Kündigung unseres Atelierhauses in der Hobrechtstraße ist sehr alarmierend: Beinahe sämtliche Atelierhäuser im Innenstadtbereich haben eine Laufzeit bis Ende 2025. Diese Häuser müssen unbedingt auch in Zukunft als geförderte Atelierhäuser erhalten bleiben.

Als Atelierbeauftragte fordern wir das Vorhandensein von 3000 Ateliers für Bildende Kunst zur Deckung des Bedarfs von rund 15000 Künstler*innen in prekären Einkommensverhältnissen – Kultursenator Joe Chialo selbst stellte den Ausbau des ARP auf 5000 Räume (für alle Sparten) bis 2030 in Aussicht und sicherte noch vor einem Jahr den Standort Uferhallen aufwändig für 30 Jahre. Dieses Versprechen wurde gebrochen.